

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angraben  
Redaktion: S.W. 66, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 392-295  
Tel.-Abnehmer: Sozialdemokratisches Berlin

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin und Anzeigenverteilung:  
Verlagstag 9-5 Uhr  
Verleger: Hermann-Berling GmbH,  
Berlin S.W. 66, Cindenzstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 3909-3907

## Gewerkschaften und Reparationen.

Grafmann vor den Sachverständigen.

Die Erste Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des amerikanischen Generals Dawes hörte gestern, wie schon kurz gemeldet, den zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Genossen Peter Grafmann an, als Vertreter der Arbeitnehmererschaft, insbesondere der freien Gewerkschaften.

Genosse Grafmann schilderte zunächst die gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse der deutschen Arbeitnehmererschaft und die Stellung der freien Gewerkschaften in ihnen. Er erinnerte daran, daß die freien Gewerkschaften vor allem es stets gewesen seien, die für die Verständigung eingetreten wären und sich um praktische Vorschläge zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens aufs eifrigste bemüht hätten. Ihr Prinzip sei stets gewesen, die Reparationen durch Sachleistungen, durch Arbeitsleistungen aufzubringen und dabei zu verhalten, daß neben dem Kriegsgewinnlern auch noch Wiederaufbaugewinnler entstünden. Um diese zu ernähren sei Arbeiterschweiz zu kostbar. Dafür aber zu opfern, daß das deutsche Volk und besonders die deutschen Arbeiter wieder frei würden, seien die Gewerkschaften stets bereit gewesen.

Die Arbeiter lieben das Kapital nicht.

Seit das schon für das deutsche Kapital, so wäre es gegen Natur und Vernunft, wenn sie das ausländische Kapital mehr lieben sollten. Daraus ergebe sich auch ihre Stellung zum Friedensvertrag von Versailles und zur Politik der Sanktionen, die zur Ruhrbesetzung geführt habe. In diesen Dingen gebe es keine Trennungslinie im Volk dem Ausland gegenüber. Genosse Grafmann schilderte dann in eingehenden Darstellungen die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die mit höchstens zwei Dritteln ihres Friedenseinkommens — dies sei durchschnittlich der beste Fall — für die stark gesteigerten Kosten ihrer Lebenshaltung aufkommen sollten. Er zeigte das an der Hand zahlreicher, aus dem Leben gegriffener Beispiele und wies auf den erschütternd wirkenden Rückgang der wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse. Angesichts dieser Schwächung der Widerstandskraft und der Arbeitsfähigkeit sei die Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Einrichtungen unbedingte Pflicht. Wie es aber damit im argen stehe, zeigte Grafmann an der Lage der Krankenkassen, der staatlichen Versicherung, der Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, und er wies auf die katastrophalen Folgen hin, die sich daraus für die der Fürsorge am meisten bedürftigen Kinder, Alten und Erwerbsunfähigen ergeben. Die Kosten der Rente, der Ernährung, der Bekleidung, des

Haushalts und der Beleuchtung wurden ausführlich dargelegt. Besonders beklagte Grafmann, daß

die kulturellen Aufgaben

aufs schwerste litten. Die Bekämpfung des Alkoholismus habe in Deutschland von einem anderen Punkt aus angegriffen als in den angelsächsischen Ländern, die Arbeiterbewegung sei darauf bedacht gewesen, durch Besetzung des Bildungswesens, Vorträge, Theater und Konzerte die kulturellen Bedürfnisse der Massen zu heben. Angesichts der Schwächung der Arbeitskraft müsse nun aus prinzipiellen und kulturellen Gründen um so mehr

am Wohlstand festgehalten

werden, und deshalb werde die Ratifizierung des Abkommens von Washington von der deutschen Arbeiterschaft auf das lebhafteste erstrebt. Eine neue Inflation würde das deutsche Volk nicht mehr ertragen, es würde an ihr zu Grunde gehen. Die Kommission habe entscheidenden Einfluß auf die Garantierung eines merkbaren Geldes, das die Rentenmark ablöse und ein Zahlungsmittel schaffe, mit dem Deutschland ohne den Umweg über fremde Wäلتen ausländische Produkte kaufen könnte. Es sei höchste Zeit, daß Entscheidendes geschehe, um in den wehrfähigen Massen des deutschen Volkes den Glauben an eine bessere Zukunft aufrechtzuerhalten.

An die Ausführungen des Genossen Grafmann schloß sich dann ein längeres Frage- und Antwortspiel, das sich hauptsächlich um die Steuergesetzgebung drehte. Der Befragte hob hervor, daß die Arbeiter durchaus bereit seien, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeiten Steuern zu zahlen, daß sie aber das gleiche auch von anderen verlangten. Die Frage, ob er das deutsche Steuersystem in diesem Sinne für gerecht halte, mußte Grafmann verneinen. Er wies dabei auch darauf hin, daß die deutschen Arbeitnehmer durch die Lohnsteuer stark vorbelastet seien, so daß man für den Vergleich ihrer Steuerbelastung mit jener der Arbeitnehmer anderer Länder nicht allein die indirekte Besteuerung heranziehen dürfe.

Die Aussprache endete mit einem Schlusswort des Vorsitzenden, der dem Genossen Grafmann „für den Freimut und die Rührigkeit“ seiner Ausführungen in herzlichen Worten dankte.

Heute hört der Ausschuss Herrn v. Siemens als Vertreter der Industrie und Herrn v. Mendelssohn als Vertreter der Banken und morgen will er seine Arbeit in Berlin abschließen.

## Scharfmacher am Werk.

Wegen Tarif- und Schlichtungswesen.

Von Otto Schweizer.

Seit mehreren Wochen führt die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“, die Spitzenorganisation der deutschen Arbeitgeberverbände, einen erbitterten Kampf gegen den sogenannten Tarifzwang. Ihr Anführer richtet sich gegen das staatliche Schlichtungswesen im ganzen, vor allem aber gegen das in der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 erneut gesetzlich fundierte Recht der vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter und des Reichsarbeitsministers selbst zur Verbindlichkeitserklärung von Schlichtersprüchen in Gesamtarbeitsverträgen. Man hat, wie aus Rundschreiben der „Vereinigung“ an die ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände hervorgeht, zunächst versucht, den Reichsarbeitsminister durch schriftlich und mündliche Bearbeitung für die Aufhebung der beanstandeten Bestimmungen in der Schlichtungsverordnung zu gewinnen. Als das nichts half, wurde stärkeres Geheiß ausgefahren.

Schon in einem Rundschreiben vom 19. Dezember v. J. wurden die Mitgliedsverbände angewiesen, „jede Mitarbeit bei der Neueinrichtung der staatlichen Schlichtungsausschüsse in Verfolg der Schlichtungsverordnung, namentlich die Benennung der Beisitzer zu unterlassen, bis weiterer Befehl erteilt“. Damit aber nicht genug machte man im gleichen Rundschreiben „darauf aufmerksam, daß die Betriebsstilllegungsverordnung einer sofortigen Schließung der Betriebe als Maßnahme gegen Zwangstarife nicht im Wege steht, da es sich hierbei um Kampfmaßnahmen handelt, auf die die Betriebsstilllegungsverordnung nach deren § 6 Abs. B nicht in Anwendung kommt“. Der Kampf gegen den sogenannten Tarifzwang und den widerpenstigen Reichsarbeitsminister, der mit solchen Maßnahmen geführt werden soll, ist inzwischen nicht etwa eingestellt worden, sondern er geht munter weiter. In einem neuen Rundschreiben an die Mitgliedsverbände werden zwar gegen die Benennung von Beisitzern für die staatlichen Schlichtungsausschüsse Bedenken nicht mehr erhoben, dafür wird aber kategorisch angeordnet: „Schlichtersprüche, die auf Antrag der Arbeitnehmer oder von Amts wegen verbindlich erklärt sind und von den Arbeitgebern als wirtschaftlich nicht tragbar abgelehnt werden müssen, werden nicht durchgeführt, wobei auch vor der Stilllegung der Betriebe als Kampfmaßnahme und letztes Mittel zur Beseitigung des Tarifzwanges nicht haltgemacht werden soll.“

Selbstverständlich ist man sich in der Geschäftsführung der „Vereinigung“ darüber klar, daß diese Art, den Kampf gegen staatliche Einrichtungen und ihre Umsausübung zu führen, „eibt unter den heutigen Verhältnissen noch Aufsehen erregen dürfte. Deshalb bemüht sich der bekannte Geschäftsführer der „Vereinigung“, Dr. Weisinger, in einem „Appell“ an die „Deffentlichkeit“ im „Arbeitgeber“, der Zeitschrift der „Vereinigung“, eine gläubige Leserschaft davon zu überzeugen, daß es im tiefsten Grunde nur Sorge um das genuine Wohl sei, die die Arbeitgeberverbände zu ihrem Vorgehen veranlasse. „Nicht sozialpolitische Reaktion“, behauptet er, „nicht ein Amtslausen gegen jede Sozialpolitik ist mit dieser Einstellung der deutschen Arbeitgeberverbände bezweckt“. Sondern es handle sich darum, „den Boden für eine neue Arbeitsgemeinschaft zu finden, den Tarifschematismus im Interesse der Arbeiter und Angestellten zu beseitigen, wirtschaftlich vernünftige Arbeitsbedingungen für die tarifvertragliche Regelung zu finden und das Reichsarbeitsministerium von vollkommen falschen Begriffen über staatliche Autoritätsaufgaben abzubringen“.

Wenn man's so liest, müßte's leidlich scheitern. Es kann offen ausgesprochen werden, daß die durch die Schlichtungsverordnung herbeigeführte Regelung des Schlichtungswesens auch in gewerkschaftlichen Kreisen als unbefriedigend angesehen wird, und in einer anderen als der durch das scharfmacherische Vorgehen der „Vereinigung“ geschaffenen Atmosphäre ließe sich wohl eine Verständigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über eine andere Regelung denken. Allerdings richten sich die Beschwerden der Gewerkschaften mehr gegen eine andere Seite des heutigen staatlichen Schlichtungswesens. Sie beanstanden, zweifellos mit Recht, daß das Reichsarbeitsministerium in den von ihm nach § 7 der Schlichtungsverordnung erlassenen Richtlinien für die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und der Schlichter sich nicht darauf beschränkt, formale Anweisungen zu geben, sondern daß es den staatlichen Schlichtungsorganen Weisungen darüber erteilt, welchen Inhalt die zu fällenden Schlichtersprüche haben sollen. Durch dieses Vorgehen hat sich das Reichsarbeitsministerium einen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verschafft, der weit über das zulässige Maß hinausgeht und der sich, wie die Erfahrung zeigt, bisher keineswegs zu Gunsten der Arbeitnehmererschaft ausgewirkt hat. Auch das heutige Vorgehen bei der Verbindlichkeitserklärung von Schlichtersprüchen in Tarifstreitigkeiten erscheint nicht nur vom Arbeitgeber, sondern auch vom Arbeitnehmerstandpunkt aus ansehbar. Es ist bekannt, daß bei der Beratung der Schlichtungsverordnung im Vorl. Reichswirtschaftsrat Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sich auf den Vorschlag verständigt hatten, die Verbindlichkeitserklärung von Schlichtersprüchen in Gesamtarbeitsverträgen von dem mit qualifizierter Mehrheit zu fassenden Beschluß einer unter unparteiischer Leitung stehenden, paritätisch besetzten Schlichtungsausschüsse abhängig zu machen.

Was aber diesen Weg ungangbar macht, ist vor allem der Umstand, daß die Arbeitnehmererschaft begründete Ursache hat

## Die Sanierung der deutschen Währung.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht gab heute vormittag einen kurzen zusammenhängenden Ueberblick über die Gestaltung unserer Währung, wie sie durch die Beratungen mit dem Experten-Komitee in Aussicht steht.

Die in unserer Währung bedrohenden Gefahren haben sich erst in den jüngst vergangenen Tagen recht deutlich gezeigt. In dem Ausmaß, in dem die deutsche Wirtschaft Rentenmarktkredite aufnimmt, verstärkt sich die Gefahr, daß die Rentenmarkt-Funktionen sich auszubilden bemüht, die in ihr als einer im Ausland nicht gültigen Währung gar nicht vorhanden sind. So wirken die Rentenmarktkredite, je größer ihr Umfang wird, um so mehr gefährdend für die Stabilität unserer Währung. Von diesem Ausgangspunkt aus arbeitete der Reichsbankpräsident vor den Experten seinen Vorschlag der deutschen Währungsreform aus. Die Goldnotenbank soll tot liegendes Kapital stabilisieren und ihm dadurch höchste Sicherheit gewähren, daß es im Ausland deponiert wird. Die Goldnotenbank soll ein Kreditgeld, aber nicht ein allgemeines Umlaufmittel schaffen. Damit wären die Gefahren, die in der Kreditgewährung auf der Basis der Rentenmark liegen, beseitigt.

Die Sachverständigenkommission hat wesentlich weitergehende Pläne. Sie denkt an eine große, mit internationalen Mitteln ausgearbeitete Bank, die das Gesamtproblem der deutschen Währungsreform lösen soll und zugleich alle Bankfunktionen, die aus den Reparationszahlungen erwachsen, zu übernehmen haben würde.

Zwischen den Gedankenansätzen des Reichsbankpräsidenten und der Auffassung der Sachverständigen besteht trotz ihrer verschiedenen Nüchternheit weitgehende Übereinstimmung. Die Sachverständigen sind der Auffassung, daß die Reparationskommission ihre Vorschläge im Hinblick weniger Wochen verwirklichen könnte. Dr. Schacht ist der Auffassung, daß er, wenn diese Verwirklichung sich hinauszieht, mit der Schaffung der Goldnotenbank, wie er sie sich mit anderen Aufsehen denkt, nicht länger warten dürfte. Die Sachverständigen haben auch dies einmütig anerkannt. Sie erwarten nur, daß bei einer späteren Verwirklichung ihrer Ideen die deutsche Goldnotenbank ein Teil der Gesamtreform werde. Schacht ist andererseits der Auffassung, daß auch bei einer Durchführung des Schacht'schen deutschen Goldnotenbankes jener den Deutschen bleiben müsse. Auch nach dieser Richtung wurde Übereinstimmung erzielt.

Der Reichsbankpräsident arbeitet weiter an der Verwirklichung seiner Pläne, er hofft, daß sie zumal in der Übereinstimmung mit der Grundausfassung der Sachverständigen stehen, in absehbarer Zeit zu einem Erfolge zu führen vermögen.

## Die rheinische Frage.

Verhandlungen zwischen MacDonald und Meerfeldt.

Am 12. Februar. (Mit.) Der Reichstagsabgeordnete Gen. Meerfeldt hat sich gestern im Flugzeug nach London begeben, um mit dem Premierminister MacDonald über rheinische Fragen zu verhandeln. Die Verhandlungen erfolgen im Einvernehmen mit der deutschen Regierung.

## Der Hitler-Offizier meldet sich.

Er wollte einen Spinel fangen?

Der Verfasser des jüngst einen „Brief eines Hitler-Offiziers“ veröffentlichten Berichtes Friedrich Koch sendet, wie uns aus München telegraphiert wird, der „München-Augsburger Abendzeitung“ eine Erklärung, in der er mitteilt, daß der Brief an einen Angehörigen der nationalsozialistischen Sturmabteilung gerichtet war, der schon längere Zeit im Verdacht stand, Spindel-Literatur zu sein. Um eine endgültige Klarheit über diesen Verdacht zu schaffen, habe er beschlossen, den Mann durch einen sich leicht an Tatsachen orientierenden Bericht zu täuschen. Jeder Kenner der Vorfälle werde ihn ohne weiteres leicht als Phantasiegebilde erkennen; irgend einen Wert besitze er als wahllos niederschriebene Dichtung nicht.

Es wäre die Aufgabe einer unparteiischen Behörde, festzustellen, inwieweit die Angaben des vielbesprochenen Briefes und inwieweit die neueste Erklärung des Verfassers Anspruch auf Glaubwürdigkeit besitzen. Das Herr Koch schon in seinem Brief gelogen hat, halten wir für durchaus möglich, die Geschichte vom beabsichtigten Spindelfang aber ist Ausrede und Märchen. Denn der Brief ist keineswegs direkt vom Adressaten und, soweit wir feststellen können, gänzlich ohne jede Absicht, in der Redaktion des „Vorwärts“ gelandet. Hierüber den Behörden nähere Angaben zu machen, sind wir gern bereit.

## Beruhigung an der Börse.

Der Stillstand des Marktrückganges an den Auslandsbörsen und die teilweise nicht unbeträchtliche Steigerung befestigen die von Anfang an ausgesprochene Ansicht der Börse, daß zu irgendwelchen Beschränkungen für die Mark kein Grund vorliegt. Im Zusammenhang hiermit verfolgt man mit großem Interesse die Vorgänge in Frankreich. Hauptächlich die gestrige Unterredung des neuen deutschen Botschafters v. Hoelsch mit Poincaré, die man, soweit von ihrem Inhalte an der Börse verlautete, ziemlich günstig beurteilt. Es war auch bereits heute ein Nachlassen der Nervosität am Devisenmarkt unverkennbar, wenn auch der wirkliche Bedarf verschiedener Industrien, namentlich der Textilindustrie noch ziemlich umfangreich ist. Infolgedessen wurden die Devisen wiederum in ziemlich geringem Umfange zugeteilt.

Die Tendenz des Effektenmarktes war am heutigen Tage ziemlich zurückhaltend. Am Rentenmarkt entwickelte sich ein äußerst lebhaftes Geschäft.

## Maßregelung einer Markkurzbank.

RTA. meldet: Eine bekannte erste rheinische Bankfirma hat in den letzten Tagen entgegen den Bestimmungen der Devisenordnung Devisen in hohem Betrage zum Kauf angemeldet, für welche weder Bedarf noch Deckung vorlag. Die Reichsbank hat der Firma daraufhin das Girokonto entzogen und den Kredit gesperrt.

zu vermuten, daß der Kampf der „Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ sich in seinem Endziel nicht allein und nicht einmal in erster Linie gegen den Tarifzwang, sondern gegen den Tarifvertrag selbst richtet. Natürlich hütet man sich, das offen zuzugeben. Dem „Appell an die Öffentlichkeit“, in dem Herr Dr. Weisinger die gesamte deutsche Öffentlichkeit beauftragt, die Arbeitgeberverbände bei ihrem Kampf gegen den „Tarifzwang“ zu unterstützen, ist aber das Mißgeschick widerfahren, daß er in der gleichen Nummer des „Arbeitgeber“ Aufnahme gefunden hat, in der der bekannte Geheimrat Dr. Suggenheimer in einem Artikel über: „Die neue Arbeitszeitordnung“ offenherzig eingesteht, daß ihm die Arbeitszeitordnung vor allem deshalb mißfalle, weil durch sie „auf Umwegen fast hinterrücks dem ersterbenden Tarifvertrag, dessen Verderblichkeit für die Produktionsmehrung überall eingesehen wurde, wiederum die Tür geöffnet und ihm eine Bedeutung beigemessen werde, die er, weil wirkliche Arbeitsleistung hindern, allenthalben zu verlieren begann“. Das ist deutlich genug, und man wird sich angesichts solcher Äußerungen im offiziellen Organ der „Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ nicht wundern dürfen, daß die Arbeitnehmer daraus ihre Schlussfolgerungen ziehen.

Durch den Kampf, der von der „Bereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ kurzzeitig gegen den Tarifvertrag geführt wird, ist aber angesichts der Mittel, die in diesem Kampf angewandt werden sollen, nicht nur die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, sondern die gesamte Öffentlichkeit in Mitleidenhaft gezogen. Es kann ihr nicht gleichgültig sein, ob in nächster Zeit (und da, bald dort als Antwort auf die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedspruches durch den zuständigen Richter oder den Reichsarbeitsminister selbst) Massenarrestierungen vorgenommen werden, nur weil die leitenden Körperschaften der „Bereinigung“ sich vorgenommen haben, den bisherigen Widerstand des Reichsarbeitsministers gegen ihr Machtgebot unter allen Umständen zu brechen. Offenbar hofft man ja im Lager der Arbeitgeberverbände, daß allein schon die Drohung mit solchen Maßnahmen und die ersten Fälle ihrer praktischen Anwendung genügen werden, den Reichsarbeitsminister irre zu machen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, welche Mittel die Regierung und im besonderen der derzeitige Inhaber der vollziehenden Gewalt anzuwenden gedenken, um die Durchführung der Gesetze auch gegen den Willen eines übermütig gewordenen Arbeitgeberbundes zu sichern.

### Nach Thüringen Mecklenburg!

Wie der Ausnahmezustand gehandhabt wird.

Der Norddeutsche Anzeiger, das demokratische Organ Schwereins, das in dem jetzigen Wahlkampf die neue „Republikanische Partei Deutschlands“ unterstützt, war von dem Militärkutschhaber auf fünf Tage, bis zum 12. Februar, ohne Begründung verboten worden. Eine Nachfrage ergab, daß der Abdruck einer in der Berliner Wochenschrift „Das Tagebuch“ völlig unbeangstigt publizierten Satire über das Verhalten des militärischen Befehlshabers in Thüringen, Haffe, gegen die Ernennung des Intendanten Ullrich den Grund zu dem Verbot gegeben hatte. Am morgigen Mittwoch hätte die Zeitung wieder erscheinen können. Gestern aber ging, wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, ihrem Verlag von dem Schweriner Staatspostzeitung die folgende Mitteilung zu:

Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Innern ist das Erscheinen des „Norddeutschen Anzeigers“ vom 13. bis 17. Februar einschließlich vom Inhaber der vollziehenden Gewalt verboten worden.

Danach ist also das republikanische Organ neuerdings ohne das Geklagte zu einem weiteren Verbot hätte, verboten worden, und zwar bis zum nächsten Sonntag einschließlich, d. h. bis zu dem Tage, an dem die Landtagswahl stattfindet! Dieser Eingriff in die Wahlfreiheit, durch den das republikanische Organ mundtot gemacht wird, ist einfach ungeheuerlich. Aber es paßt ganz

zum System, das in Thüringen jetzt den Ordnungsbund zum Siege führte und in Mecklenburg offensichtlich ähnliche Erfolge zeitigen möchte.

### Graefe wünscht Juden!

Für die Deutschnationalen.

Im „Rostocker Anzeiger“ hat vor einigen Tagen der Vorsitzende der dortigen Deutschnationalen, Justizrat Dr. Knebusch, in einer Auseinandersetzung mit den Böttischen einen sehr interessanten Brief veröffentlicht, den Graefe-Goldebee noch am 5. Februar 1920 an ihn gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es:

„Was sich die Partei (das heißt die Deutschnationale), wenn neue Aufgaben kommen, später wieder nach diesen umgliedern oder teilen — für den Augenblick der tiefsten nationalen Not des Vaterlandes kommt es auf den einheitlichen Zusammenschluß aller nationalstrebenden Mitbürger in einer Parteigemeinschaft an, und wenn ich da an ein möglichstes Zusammenkommen auch mit der Deutschen Volkspartei denke, dann müssen in solcher Gemeinschaft auch Männer wie Kießer, Reinde-Bloch usw. verborgen können. Mir scheint also ein Antrag auf prinzipiellen Ausschluß der Juden usw. aus der Gesamtpartei dem Wesen einer politischen Partei nicht gerecht zu werden, wenigstens nicht innerhalb unserer staatsbürgerlichen Auffassung. Diese meine Auffassung tut meinem offenen Kampf gegen das Judentum nicht den geringsten Abbruch.“

Der Abg. v. Graefe hat bekanntlich selbst darunter gelitten, daß man seine reinrassige Abstammung anzweifelte. Nun teilt Knebusch gar noch mit, daß einer der Gründer der mecklenburgischen „Freiheitspartei“ ein Herr sei, dessen Großmutter noch — Levi hieß! Und dieser Herr hatte den Abg. v. Graefe regelmäßig in seinen Versammlungen begleitet, ohne daß die „Böttischen“ dabei Schaden erlitten. Aber es tom noch schlimmer. Der Graefe ist selbst im Automobil einer jüdischen Firma auf Agitation gefahren. Wobei man nicht weiß, ob das Automobil auf Graefe oder dieser auf die jüdische Firma abgefärbt hat.

### Das Recht auf die Revolution.

Da man die Hitler, Ludendorff, Böhmer nicht wie die Thormann und Grandel für geisteskrank erklären kann, verfährt die „Deutsche Zeitung“ auf einen anderen Trick, um die Münchener Novemberberliner herauszuheulen. In einem Münchener Brief des Gläubigen Blattes heißt es:

„Was Hitler getan hat, tief dem bestehenden Gesetz zuwider, damit ist aber vom Standpunkt der höheren Sittlichkeit aus noch kein Urteil gesprochen. Im Gegenteil! Wer steht denn heute auf dem Standpunkt, daß alles schön und gut in Deutschland sei? Wer wagt es noch die Meinung zu vertreten, daß die Revolution vom November 1918 dem deutschen Volke ein Leben in Schönheit und Würde gebracht habe? Wer kann denn behaupten, daß auch nur das Sozialdemokratische Programm vom 9. November 1918 Frieden, Freiheit und Brot verwirklicht worden sei? Es bleibt für das normale Rechtsempfinden ein unerträgliches Gedankenspiel, daß die deutsche Republik das Recht haben soll, diejenigen, die nicht aus internationalen, sondern aus deutschem Geiste die Dinge zu ändern versuchten, abzuurteilen.“

Der Richter ist an das formale Recht gebunden, der Staat steht auf diesem Boden, dem rein deutschen Empfinden aber kann durch Rechtsparagrafen gerade im Hitler-Prozess nicht Genüge getan werden. Dieser Prozess, mag er auch mit größtem juristischen Scharfsinn geführt werden, enthält in sich eine Ungerechtigkeitslast, mit der der Richter nicht fertig werden kann. Vielleicht hätte ein Staatsmann sie befehlen können. Aber wo ist der starke Mann, der hier eingreifen könnte? Wir haben ihn in Bayern nicht. Herr v. Kahr ist im Prozess selber mehr oder weniger Partei, die Staatsregierung aber, die über die Ausführung der Gesetze zu wachen hat, kann sie nicht durchbrechen. Erstaunlich wirkt hier natürlich auch der Umstand, daß der erste Stoß der nationalen Bewegung Münchens der nationalen bayerischen Regierung gegolten hat. Damit wurde das stilkliche Recht zur Revolution, auf das jedes Volk Anspruch erheben muß, wenn es sein weisungemäßes Dasein gefährdet sieht, verlehrt. Auch auf böttischer Seite wird aber die Forderung erhoben, daß unbedingte Klarheit geschaffen werde. Trotz

dem ist der Gedanke kaum erträglich, daß in München ein Mann wie General Ludendorff auf der Anklagebank erscheinen muß.“

Man hört diese Weise nicht zum erstenmal aus deutsch-böttischem Mund. Sie klingt aber besonders schön, wenn sie zum Schutz jener Bürgerbräunovemberlinge geblasen wird, die selber nach dem Kopf der Retter Deutschlands im Jahre 1918 schreien.

### Der Sieg des Ordnungsbunds

Unsere thüringischen Parteiblätter verzeichnen die Erfolge des Rubelstubbels, der als „Ordnungsbund“ firmierte, mit Kaltblütigkeit, obwohl sie den Ernst der neugeschaffenen Situation nicht verkennen. Die „Nsthringische Volkszeitung“ in Altenburg betrachtet den Wahlausgang so:

Die Lüge und die Bestechung, zusammengefaßt in dem sogenannten Ordnungsbund, haben gesiegt. Nach den Wahlverprechungen, die der Ordnungsbund gemacht hat, wird also von heute an, spätestens von morgen, die Ordnung in Thüringen hergestellt werden. Es wird dem Beamtenabbau Einhalt geboten, die Kriegsverletzten werden aus reichende Unterstützung erhalten, damit das Vaterland nunmehr seinen Dank abstattet, den Kriegermitteln und -waffen werden die Tränen getrocknet, der Abbau des Achtstundentages hört auf, die Böhmern werden erhöht, die Wohlfahrtsfrage wird in bürgerliche Wohltat umgewandelt und erreicht damit Glückseligkeit und Zufriedenheit, die Arbeitslosigkeit hört auf, die Arbeiterchaft strömt wieder in die Fabriken, deren Tore weit geöffnet werden. Die Greilische Schulpolitik wird über den Haufen geworfen und an ihre Stelle treten die Weimannschen Theorien, so daß es möglich ist, die Jugend in Thüringen zu lauter Hochschulpromotoren zu erziehen und sie damit turmhoch über die gesamte Bevölkerung Deutschlands zu erheben. Das Recht des Anspruchs auf Besuch der höheren Schulen durch die Fähigsten ist eine marginale Berrücktheit und wird demzufolge durch Stipendien ersetzt, die es ermöglichen, unmisskommene Geister fernzuhalten. Kurz und gut: Thüringen wird ein Land, in dem eitel Freude, Zufriedenheit und Wohlstand herrschen, da nunmehr die Kapitalistenklasse sich in ihrem Drange, der breiten Masse des Volkes unter allen Umständen zu helfen, sich restlos ausleben kann. Die Korruption wird aufgehoben, das Parteibuch hat seine Allmacht verloren und an seine Stelle treten die ungeschriebenen Gesetze der Bergewaltigung Andersgeinnter.

Im Anschluß daran stellt die „Volkszeitung“ fest, daß der Kern der sozialistischen Truppen vollständig unberührt ist, und das, was sich auf die Seite des Ordnungsbundes geschlagen hat, nichts anderes ist als die Spreu, die auch von dem tiefsten Hauch aufgewirbelt wird und sich dort niederlegt, wo die Schotten im Wege stehen.“

Unser Geraer Parteiblatt sagt:

„Daß diesen „Ordnungsbund“ einmal regieren! Große Thüringer Massen werden in der nächsten Zeit die Prügel für die riesengroße Dummheit des 10. Februar einzustreuen haben. Das wird ernüchternd und aufklärend wirken als die intensivste sozialdemokratische Propaganda. Die Beamten insbesondere müssen handgreiflich zu spüren bekommen, wessen eine „Ordnungsregierung“ im Gegensatz zu einer sozialistischen Regierung so bloß ist: uns scheint, sie müssen der so leicht erlangten Rechte erst noch einmal verlustig gehen, ehe sie zur Berrnunft kommen. Das gilt für andere Zwischenschichten nicht minder, für die Sozial- und Kleinrentner ganz besonders. Die Reichswehrspende am 9. Februar, am Tage vor der Wahl, wird wahrscheinlich das letzte Zuckerbrot gewesen sein, das sie von dieser Seite erhalten haben. Jetzt folgt die Peinliche der kapitalistischen Regierung in Thüringen ebenso wie im Reich. Wer nicht hören will, muß fühlen!“

Auch die übrigen Parteiblätter des Landes, soweit sie sich schon ausführlicher äußern, sind der Meinung, daß die Herrschaft des sozialistischen Ordnungsbundes nicht von langer Dauer sein werde. Die Laten dieses „Blatts“ würden bald allen die Augen öffnen, die den Strengeklängen der Ordnungspostel gefolgt sind.

Zum Rentenbank-Ausweis. In der gestrigen Ebenausgabe brachten wir den neuesten Ausweis der Rentenbank. Dabei ist ein bedauerliches Versehen passiert, insofern die Daten über den beiden Zahlenreihen vertauscht wurden. Man lese also über der ersten Spalte „31. 12. 1923“, über der zweiten hingegen „31. 1. 24“.

### Szenische Kunst der Zukunft.

Einige Tage bevor Rudolf v. Laban sein Berliner Gastspiel begann, hatte der bekannte Kunstsammler Benario in seinem Dabliemier Heims einen Kreis von Freunden des modernen Kunstsinnes veranstaltet, denen der Begründer des neuen Stils einige seiner Lehren vorzutrag und durch Tänze seiner Schüler illustrierte. Der persönliche Eindruck, den ich hier von Rudolf v. Laban gewann, war der eines von einer Idee Befessenen. Von einer Idee, um die sich für ihr alles konzentriert, von der alles existierende und alles Geschehene seinen Ausgang nimmt, zu der alles zurückströmt. Es war derselbe Eindruck, den mir die Sektüre seines großen theoretischen Werkes „Die Welt des Tänzers“ gegeben hatte. Rhythimische Bewegung ist ihm das Alpha und das Omega. Ist das Zentrum der Welt und der Weltordnung. Diese Befessenheit von einer einzigen, manchen mögen sagen fixen, Idee nach dem Mann die Kraft und den Schwung, der Begründer und Propagator einer neuen Kunstgattung zu werden, für die es einen Namen noch nicht gibt und die als moderner Tanz ganz unzulänglich charakterisiert wird. Handelte es sich nur um eine neue Form dessen, was man früher Tanz nannte, so wäre die Sache keiner ernsthaften Beachtung würdig. Aber es handelt sich um etwas ganz anderes. In der neuen, aus Körper- und Raumgefühl erwachenden Bewegungskunst, die Laban geschaffen hat, liegen die Fundamente zu einer radikalen Umgestaltung aller szenischen Kunst. Gegen die Keime einer bisher nicht gekannten künstlerischen Schöpfung, deren Träger die großen Massen des Volkes selber werden sollen, einer Kunst, bei deren Ausübung der Zwiespalt zwischen Schaffenden und Genießenden, zwischen Künstler und Publikum sich geschlossen hat und aus der letzten Endes jene umfassende sozialistische ästhetische Kultur erwachsen muß, die berufen ist, die heute allein herrschende Verstandeskultur zu ergänzen.

Der „Arise Tanz“, der selbständig aus rein bewegungsmäßigem Antrieb entsteht und in seiner Vorführung auf die Hilfsmittel der schaukünstlerischen, musikalischen und inhaltlichen Unterstützung soweit als möglich verzichtet, bildet die Grundlage. Die Tanzdichtung wird nicht vom Worten oder Musikern, sondern vom Tänzer geschaffen. Die Entwicklung geht vom Einzelstanz über den intimen, auf distrierte Wirkungen berechneten Kammerstanz zum Gruppenstanz, der schließlich die Szenen der Bühne sprengt, Räume durchflutet, Gassen, Plätzen und Höfen mit rhythmischen Massenbewegungen erfüllt. In diesem Ziel der Entwicklung angelaugt ist der neue Tanz keine Sache des künstlerischen Virtuositentums mehr, sondern eine Sache des ganzen Volkes. Die körperlich-musikalisch ausgeübte Tanzkunst, die freien Turnerschäften um, sind die Faktoren, die zugleich wirkend und genießend das Kunstwerk schaffen.

Einzigartige Kammerstänze und Gruppenstänze zeigte Laban bei seinem Gastspiel im Theater am Rollendorffplatz. Er bewies sich auch hier wieder als der geniale Anreger, der letzte Erfüllung nach nicht bringt. Seine Darstellungen geben eine fülle fruchtbarer künstlerischer Motive und Ideen. Aus einem einzigen dieser verstandenmäßig hingestauten Motive hätte die phantastische

Gewandtheit der Wigman eine ganze Szenenfolge schaffen können. Bei Laban blieben es Einzelheiten, die sich nicht zu konsequenten künstlerischen Organismen zusammenschließen. Und — was wichtiger ist — man vermied die Stille. Der neue Tanz, aus dem sich die szenische Kunst der Zukunft entwickeln soll, ist nur in der Form einer abstrakten Bewegungskunst denkbar. Die alle naturalistischen Elemente ausschließt und lediglich durch die reine Ausdruckskraft der Linie, Form und Farbe wirkt. Denn abgesehen davon, daß die Erzeugung naturalistischer, pantomimischer Wirkungen eine Sache persönlicher (sozialistischer) Begabung ist und im Massenszenen nicht zur Geltung kommt, kann der reine Rhythmus, der die Grundzüge dieser Kunst bildet, nur durch die absolute, von allen wesensfremden Bestandteilen gereinigte Farbform klar und deutlich zum Ausdruck werden. In Labans Stil sprechen pantomimische Elemente nicht nur mit, sondern sie bilden erst die eigentliche Grundlage der Vision. Und die abstrakte Form erscheint bei ihm oft so wenig besteht, daß sie mehr gymnastisch als tänzerisch wirkt.

Die großen, unschätzbaren Verdienste, die sich Rudolf v. Laban als Choreograf und profischer Beobachter erworben hat, werden durch solche Einwände nicht verührt. Diejenigen, die auf seinen Fundamenten weiterbauen, werden ihm ihren Dank am besten dadurch abstaten, daß sie die Lücken ausfüllen, die er gelassen hat, und das Werk energisch zum krönenden Gipfel führen. Zu diesem Werk aber hind neben den künstlerischen Verehrern des neuen Stils vor allem die großen Massen des Volkes berufen.

John Skilowst.

### Das Ende der Morgue.

Am wenige Orte der Welt haben die Jahrhunderte eine solche Stimmung des Grauens und des Entsetzens gemoben als um das Pariser Leichenschauhause, die „Morgue“. Seit Jahren schon sprach man davon, daß diese uralte Schauhallung des Todes, die noch mit mittelalterlichen Anschauungen zusammenhing und unseren schwächeren Nerven allzuviel zumutele, verschwinden sollte. Aber die Pariser konnten sich von der nervenkehlenden Sensation nicht trennen, und erst jetzt ist das endgültige Verschwinden der Morgue beschlossen worden. Wohl mancher Besucher der Seine-Stadt erinnert sich mit Schauern daran, wie er beim behaglichen Durchschlendern jener romanischen Gegend hinter der Notre-Dame-Kirche plötzlich in der spärlich erhellten Dämmerung eines Hausflurs orose Schaufenster erblickte und, wenn er neugierig näher trat, einseitig zurückschritt. Hier waren Leichen aufgebahrt, künstlich mit einem gelberhosen Schein des Lebens ausgeschmückt, weni schmerzhaft berrichtet. Es war die Morgue, in der Ne Leichen der unbekannt Toten, die man aufgefunden, mehrere Tage der Öffentlichkeit zur Schau gestellt wurden. Die Phantasie der Dichter hat aus diesem Erlebnis reiche Anregung geschöpft. In den Werken der Romantiker, bei Victor Hugo und Polgar, bei Charles de Rohier und Karben d'Aureville, besaßen wir diesen Schauplatz stummer Tragedien, und über manche Gedichte Poulbaires ist diese tolle Leichenstimmung der Morgue geblieben. Poe, der Amerikaner hat sich besonders mit einem lustvollen Grauen in dieses Milieu vertieft.

Leichenschauhäuser hat es in diesen Großstädten gegeben und gibt es noch heute, aber keine bewahrt jene trasse Gefühllosigkeit aus fernem Zeiten. Die Pariser Morgue reicht bis ins 14. Jahrhundert zurück. Damals wurde im Choelet-Gefängnis ein Raum eingerichtet, in dem die ausgesunden Leichen nackt in einem wirren Haufen auf die Erde geworfen wurden. Jedermann hatte zu diesem Ort des Schreckens Zutritt, er durfte sich aber nur durch ein Guckloch die Gestalten der Toten ansehen, und wenn er in dieser grausigen Gesellschaft einen Bekannten fand, konnte er sich die Erlaubnis erwirken, den Toten fortzunehmen und ihm ein „eheliches Begräbnis“ zu gewähren. Als die Gefängnisse in Choelet während der Revolution aufgehoben wurden, blieb die Leichenschau doch noch bestehen, und wie in früheren Zeiten erhielten von hier die Kerle und Anatomien das Material zum Sezieren. Erst 1804 wurde die Morgue von dieser Stelle entfernt. Sie war dann in verschiedenen Gebäuden und kam 1864 an die äußerste Spitze der Seine-Insel, wo sie sich bis heutigen Tages befindet hat. Diese öffentliche Zurschaufstellung der Leichen in der Art eines Warenhauses hat schon seit einem halben Jahrhundert die Gerüchte erweckt, und es kam öfters zu aufwieglichen Szenen vor und in der Morgue. Nun wird dieser Ort endgültig verschwinden, und mit ihm verflucht ein letzter Rest jenes „mittelalterlichen Paris“, dem wir nicht nachzurauern brauchen.

Plan einer Musterstadt für Arbeiter. Der Direktor des Moskauer Köntzeninstituts, Prof. Kementow, hat dem Volkswissenschaftler für Bildungswesen, Betschorski, den ausgearbeiteten Plan einer neu zu gründenden Stadt einverleibt, die das Wort einer „Stadt der Berrtätigen“ werden soll. Nach Kementows Projekt soll die neue Stadt in der Nähe von Moskau erbaut werden. Die Benennung ist ihr — entsprechend der augenblicklich herrschenden Stimmung in Rußland — der Name „Lenin“ zugebacht.

Internationale Konferenz. Ein früher viel genannter französischer Meister, ist im Alter von 78 Jahren in Paris verstorben. Er war ein Schüler Berens und widmete sich besonders der Darstellung des Pariser Kleinbürgers, und Veroniers. Von ihm stammt ein im Parembrun-Museum hängendes Porträt Clemenceaus, das diesen als Redner in einer öffentlichen Versammlung darstellt.

Der Dolmen-Vortan. Der Herr Dr. Gullmann wird am 24. d. M. 77. Uhr abends, im Institut für Meerestunde nochmals wiederholt werden. Karten sind in der Vorstadt-Fachhandlung zu haben, für Eintrittskarten zum halben Preis (50 Pf.).

Über die ägyptischen Skulpturen. Der Herr Dr. Wolf (vom Königl. Museum) am 15. abends 8 Uhr im Auditorium maximum der Universität (Rr. 122, 1. Stock). Karten zu 50 Pf., für Studenten zu 25 Pf., an der Abendkasse und im Vorverkauf bei Hermann, Orientalisches Seminar, Dorotheenstr. 7.

Corre-Verkehr. Die neue dritte Expedition, die jetzt zur Bekämpfung des bösen Wipfels der Erde, des Gervat, aufbricht, wird in der Lage sein, Kartenflugmaschinen zu machen, da sie Anhaltepunkte nach der neuen Methode des Kartographen von Claude Priele-Greene mitnimmt. Da die fotografischen Stimmungen in diesen Höhen der Dimalaja besonders eigenartig sind, rechnet man auf sehr interessante und effektvolle Aufnahmen.

# Arbeiterpartei und Arbeiterregierung.

Gemeinsamer Ausschuss.

London, 12. Februar. (I.A.) Der Ausschuss der Arbeiterpartei hat gestern unter dem Vorsitz MacDonalds beschlossen, eine Kommission von 12 Mitgliedern der Arbeiterpartei und 3 Mitgliedern des Labours einzusetzen. Diese Kommission hat die Aufgabe, zwischen der Partei und der Regierung ständig Fühlung zu halten. Die Kommission tritt übermorgen zusammen.

London, 12. Februar. (I.A.) Der heutigen Sitzung des Parlaments wird mit großem Interesse entgegengeesehen. Am Unterhaus wird Ramsay MacDonald, im Oberhaus Lord Haldane die Politik der Regierung darlegen. „Times“ zufolge wird morgen Lord Robert Cecil eine Anfrage über die Rüstungsbeschränkungen an die Regierung richten, auf die Lord Parnor antworten werde.

## Am Vorabend der Unterhaustagung.

London, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Vorabend des Zusammentritts des Parlaments herrscht in allen politischen Kreisen reges politisches und gesellschaftliches Leben. Die Arbeiterpartei veranstaltete einen großen Empfang im Hyde Park Hotel, an dem neunhundert Personen teilnahmen. Auch die beiden anderen Parteien haben große Empfänge.

## Der englische Dozarbeiterkonflikt.

Vermittlungsfaktion des Arbeitsministeriums.

London, 12. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Zu dem Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern in dem Dozarbeiterkonflikt, die auf dem toten Punkt angelangt sind, erläßt das Arbeitsministerium eine offizielle Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß das Ministerium sich mit der Angelegenheit befaßt und eine gemeinsame Besprechung mit den streitenden Parteien für heute veranstaltet habe.

## Kompromittierter Marineminister.

Im amerikanischen Petroleumskandal.

Washington, 12. Februar. (I.A.) Der Senat hat eine Resolution angenommen, in welcher im Zusammenhang mit dem Petroleumskandal der Rücktritt des Marineministers Denby gefordert wird.

Washington, 12. Februar. (I.A.) Der Schwägerjohn Wilson, Mr. Adoo, der während der Amshauer Wilsons Schlichter gewesen ist und jetzt als benachteiligter Präsidentenassistent für gilt, erschien gestern vor dem Untersuchungsausschuss des Senats in der Sache der Petroleumkonzessionen. Mr. Adoo betonte nochmals, daß er mit Dohann erst nach seiner Demission als Schlichter in Verbindung getreten sei. In der Tat wird behauptet, daß Dohann Mr. Adoo in seine Firma erst eingestellt habe, als sich für diese gewisse Schwierigkeiten in Regio ergeben. Jetzt hat Mr. Adoo sämtliche Beziehungen zu Dohann abgebrochen. Welcher wird bekannt: Die Petroleumfelder, um die der Streit vor dem Senat geht, waren vom Marine Department verwaltet worden und sollen lediglich zur Versorgung der amerikanischen Flotte benutzt werden. Der Marineminister hatte diese Vorschriften außer acht gelassen. 1920 war ein Gesetz in Kraft getreten, wonach Konzessionen auf diese Petroleumfelder nur in öffentlicher Ausschreibung erworben werden konnten. Die Ramon Oil Company, an deren Spitze Sinclair und Dohann stehen, hatte indessen 1922 trotz dieser ausdrücklichen Klausel es fertig gebracht, von Minister Hall bestimmte Konzessionen zu erlangen. Am 24. Januar ist Fall wegen Betrugs angezeigt worden.

In Anknüpfungsläutern finden wir die Meldung, daß Sinclair die letzten Tage in Europa mit Hugo Stinnes zusammenbräue. Wie tief es doch in Hermann Ballentins Rabarischlager: „Hugo wo hast du wieder deine Finger drin?“

## Ämtliche Devisenkurse.

	12. Februar		11. Februar	
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
M = Millionen, P = Tausend Mark.				
1 holländ. Gulden	1571068 M	1578837 M	1588062 M	1591038 M
1 belg. Pap. Franc	1896700 M	1408590 M	1408512 M	1401488 M
1 belg. Franc	167580 M	162129 M	178492 M	172698 M
1 norwegische Krone	561593 M	564407 M	567415 M	564585 M
1 dänische Krone	674800 M	677690 M	687715 M	684285 M
1 schwed. Krone	1101240 M	1106760 M	1104748 M	1103235 M
1 finnische Mark	105785 M	106265 M	106265 M	105785 M
1 japan. Yen	1822950 M	1004750 M	1804725 M	1855875 M
1 italienische Lira	14638 M	185462 M	187462 M	18438 M
1 Pfund Sterling	18054750 M	18148250 M	1824350 M	1815450 M
1 Dollar	4189500 M	4210500 M	4210500 M	4199500 M
1 frankösischer Franc	1805275 M	180475 M	181820 M	182180 M
1 brasilian. Milreis	49776 M	501250 M	501250 M	498750 M
1 Schweizer Franc	720478 M	728227 M	738835 M	737185 M
1 spanische Pesta	598668 M	598337 M	599845 M	598635 M
1 öst. Krone (abgeft)	56351 T	56810 T	56881 T	56710 T
1 türkische Krone	121695 M	122805 M	122805 M	121695 M
1 ungarische Krone	147680 T	148370 T	148370 T	147680 T
1 bulgarische Lewa	80922 T	81978 T	81929 T	81171 T
1 russische Rubel	67678 M	51128 M	51128 M	50572 M

## Die Butter steigt weiter.

Unberechnigte Spannen.

Die augenblicklichen Vorgänge auf dem Buttermarkt, die leider auch auf andere Lebensmittelarten einwirkend gewirkt haben, vermögen erstens Beachtung der zuständigen Behörden. Seit etwa 10 Tagen findet eine Butterpreiserhöhung nach der anderen statt, ohne daß eine Notwendigkeit für dieses Vorgehen gewisser Kreise der Landwirtschaft und des Handels festzustellen wäre. Die ämtliche Butternoterkommission hat meistens in den letzten Tagen den Großhandelspreis wiederum höher gesetzt. Wie in der Inflationzeit, erlebt man auch jetzt wieder die außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß sich kein Mensch an die Preisfestsetzung, die, wie ja in weiten Kreisen bekannt ist, auch nicht der wahren Marktlage entspricht, hält, sondern daß Fantasiepreise gefordert und leider auch bezahlt werden. In den Berliner Markthallen und Kleinhandelszentren befreit hier also eine Spanne von 80 Pf oder etwa 90 Proz. des Großhandelspreises. Derartige Gewinne können heute kaum anders als wucherisch bezeichnet werden und es wäre dringend notwendig, wenn das Landesspezifialamt und die örtlichen Behörden endlich diesen Dingen ihre volle Aufmerksamkeit widmen würden.

Erfahrungswiese macht jetzt der Kleinhandel gegen die Buttereinstreiber energisch Front und man ist in diesen Kreisen entschlossen, zu den härtesten Maßnahmen zu greifen, wenn die Landwirtschafteffekte der schmerzlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des überwiegenen Teils der Bevölkerung nicht dazu übergeht, den Butterpreis wieder auf ein normales Maß zu reduzieren.

# Verbrechen an Frauen.

Zu dem Lustmord in der Egnarstraße wird noch folgendes gemeldet:

Die ermordete Frau Ribau bewohnte zwei Stuben und Küche. Ein Zimmer hatte sie abvermietet. Ihr Mann endete vor langer Zeit durch Selbstmord. Seitdem ernährte sie sich durch Fabrikarbeiten. Nachdem sie arbeitslos geworden war, besorgte ihr ein Untermieter eine Stelle als Botin bei einer Fabrik. Sie hatte einen Freund, der die 53jährige jeden Tag nach Feierabend besuchte. Gestern abend fand er sie tot am Boden liegend auf. Der Befund der Mordekommission ergab folgendes Bild: Die Leiche lag vor dem Bett auf dem Rücken. Sie war bis auf die Strümpfe, eine schwarze Unterjacke und eine schwarze Bluse an'kleidet. Die übrigen Kleidungsstücke waren mit Gewalt vom Körper gerissen. Die Arme lagen nach beiden Seiten ausgestreckt. Am Hals stellte Geheimrat Stömer rechts und links zwei gleichgroße Stiche fest. Beide waren tödlich. Sowohl auf der Brust, wie auf dem linken Arm waren Flecke, die letztere scheint von einem Tritt herzuführen. Ein Fußstapfen aus der Halsklopfader hatte das Sofa erreicht. Zu ihren Füßen lag ein b'utgeränktes Tschentisch, das vermutlich als Knebel benutzt worden ist. Rechts vom Kopf lag das künstliche Gebiß der Ermordeten. Auf dem Ringfinger der rechten Hand zeigten sich die Einbrüche zweier Ringe, die Frau Ribau häufig trug und die bisher nicht gefunden wurden. Auf etwa 30 Goldmark, die die Ermordete besessen haben soll, sind noch nicht entdeckt. Hiernach ist anzunehmen, daß der Mörder wahrscheinlich ein Sadist, der sein Opfer vor der Tötung im Blutrausch mißbrauchte diese Sachen auch noch geraubt hat. In der rechten Hand fand man noch ein Bündel Frauenhaare, unter der linken Schulter eine Schachtel Streichhölzer. Die Leiche wurde nach Aufnahme des Tatortes durch den Erkennungsdienst nach dem Schauplatz gebracht. Im Laufe der Nacht wurden der Freund der Ermordeten und einige Hausbesitzer als Zeugen vernommen. Es scheint, daß ein Mann, der sich um das Zimmer bemühte, als Täter in Frage kommt.

## Ward oder Unfallstich?

Die Meldung von einem mutmaßlichen Mord rief heute vormittag die Kriminalpolizei nach der Grefsenhagener Straße im Norden der Stadt. In dem Hause 33 wurde die 65 Jahre alte Kaufmannsrau Jennen Jöllner im Keller mit schweren Kopfverletzungen tot aufgefunden. Der Befund ließ ein Kapitalverbrechen möglicherweise erkennen. Frau Jöllner wohnte mit ihrem gleichaltrigen Mann, dem Kaufmann Abraham Jöllner, und einer Schmeierin im ersten Stock des Quergebäudes. Hausgenossen bekundeten, daß die schon etwas gebrechliche Frau mit ihrer Schwägerin wiederholt heftigen Streit hatte. Am Montag nachmittag hatte Jöllner dem Bezirkspräsidium mitgeteilt, daß seine Frau am Sonntag nachmittag um 3 Uhr moneganen und nicht zurückgekehrt sei. Die Schwägerin, keine Schwester, erkundigte sich zu gleicher Zeit beim

## Die Arbeitslosen in der Oper.

Es war ein glücklicher Gedanke der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortsvorstands Berlin des VDK-Bundes, den Arbeitslosen den Besuch einer guten Oper zu ermöglichen. Ausgeführt konnte diese Idee aber nur werden durch das Entgegenkommen der Leitung der „Großen Volksoper“, ihr Theater des Westens für so ein gemeinnütziges Zweck zur Verfügung zu stellen und durch die Bereitwilligkeit des Personals zur Mitwirkung hierbei. Am Sonnabend gab man nun Raffinis „Bartier von Seville“ vor den Arbeitslosen. Die Aufführung ward zur wirtlichen Freierkunde. Der laut und herzlich, oft mitten in die Szene hinein spendende Beifall des sehr gut besetzten Hauses dankte allen Mitwirkenden, nicht zuletzt auch dem Orchester unter seinem Leiter Erich Walter, dem technischen Personal und den pflüchsbereiten Helfern vom Chor für diese hoch anzuerkennende Tat künstlerischer-gewerkschaftlicher Solidarität, die heftigsten einen praktischen Widerhall auch bei anderen Kunststätten Berlins finden wird.

## Der Postpaketverkehr mit Frankreich.

Von jetzt an werden von den Postanstalten im unbefestigten Deutschland gewöhnliche Postpakete nach Frankreich und nach Ländern im Durchgange durch Frankreich, insbesondere nach Spanien, wieder zur Förderung ankommen. Außerdem wird wieder aufgenommen der Postpaketverkehr zwischen dem befestigten Deutschland und Belgien, Frankreich und Ländern im Durchgange durch diese Länder, ferner der Paketverkehr zwischen dem befestigten Deutschland und Luxemburg, dem Saargebiet sowie Großbritannien und Irland durch Vermittelung der Britischen Kontinentallagerer. Weitere Auskünfte erteilen die Postanstalten. Die französische Postverwaltung erhöht vom 1. Februar an ihren Rendite für Postpakete bis 1 Kilogramm um 10 Cts. (Gold), über 1 bis 5 Kilogramm um 20 Cts. (Gold), über 5 bis 10 Kilogramm 30 Cts. (Gold). Demersprechend werden von den deutschen Postanstalten vom genannten Tage an für Postpakete nach Frankreich die um diese Beträge erhöhten Freigebühren erhoben werden.

Wird Personen bei einem Zusammenstoß verletzt. Heute morgen gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Schmid-, Ecke Kanderstraße, gerufen, wo ein Straßenbahnwagen der Linie 28 auf den mit zwei Pferden bespannten Postwagen aufgefahren war. Der Postwagen wurde auf den Bürgersteig geschleudert und stürzte um. Dabei wurde der Postkellner Georg Riedel aus der Huttenstraße und sieben Zuschauer, die in dem Wagen saßen, mehr oder weniger schwer verletzt. Riedel, der am meisten zu Schaden gekommen ist, mußte nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden.

Großfeuer kam in der letzten Nacht aus unbekannter Ursache in der Schulstraße 48 zum Ausbruch. Als die Feuerwehr dort gegen Mitternacht eintraf, brannte das Buppen- und Produktionslager der Firma H. Kellert in solcher Ausdehnung, daß die Hitze der 6. Kompanie mit 1 B- und 3 C-Rohren von Motorpumpen vornehmen mußten. Starke Duellentwicklung erwachte die Löscharbeit sehr. Erst gegen Morgen konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

In einer Versammlung in Steglitz sprach gestern Genosse Bleier über das Thema „Ferosus aus dem Chaos“. Der Referent beschäftigte sich mit dem Ausfall der Wahlen in Thüringen, Lübeck und Sachsen, indem er nachwies, daß nur die Uneinigkeit und die Zersplitterung des Proletariats die Niederlage verschuldet haben. — Der erste Diskussionsredner behandelte sachlich vom Standpunkt der Kommunisten Partei die Frage: die nachfolgenden Diskussionsredner, die als Partei-lose moßlose Angriffe gegen die Sozialdemokratie richteten und Anklagen gegen sie erhoben, wurden durch den Vertretungsleiter Genossen Schöcherer sowie durch den Genossen Dr. Blöcher eines besseren belehrt. In seinem Schlußwort verurteilte Genosse Bleier des Textes dieser Worte, denen es überhaupt nicht auf sachliche Diskussion ankommt, sondern die ihre Aufgabe darin sehen, alles niederzurufen.

Für die Jugendwerke in den Dren Teget, Parliamentsalleen, an der Kaserstr., Kalkmannstr., meiste am Sonntag, den 23. März, in Teget in der Ehrenstraße 101, werden Kameraden beim Genossen Otto Raft, Teget, Kreisstr. 21 III, entgegenkommen.

## Groß-Berliner Parteinaufrichten.

14. März, Mittwoch, den 18. Februar, 7 Uhr Abends in den bekannten Dörfen.  
15. März, Donnerstag, 18. Februar, 7 Uhr Abends in der Dörfenstraße 11, bei Kump, Kaserstr. 49.  
20. März, Sonntag, den 19. Februar, 7 Uhr Abends in der Kaserstr. 49, bei Kump, Kaserstr. 49.

65. Polizeirevier. Heute morgen fand ein junger Mann Frau Jöllner in einer Blutlache tot auf der Kellerstufe liegen. Jöllner, der von der Mordekommission verhört wurde, gibt an, daß eine Frau am Sonntag nachmittag um 3 Uhr ausgegangen ist. Sie sei aber nicht mehr nach Hause gekommen. Auf dem Hofe des Grundstückes liegen nun zwei Treppen mit gleichen Tritten nebeneinander. Die eine führt zu den Wohnungen hinauf, die andere nach den Kellerräumen hinunter. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Frau Jöllner in der Dunkelheit die Treppen verwechselt hat und verunfallt ist. Während sie ihrer Gebrechlichkeit wegen sonst nicht allein ausging, scheint sie am Sonntag nach einem Streit mit der Schwägerin deren Begleitung abgelehnt zu haben. Das ist ihr vermutlich zum Verhängnis geworden. Bestimmt kann die Todesursache erst durch die Obduktion festgestellt werden. Die Leiche wurde, nachdem der Erkennungsdienst sie mit der Umgebung photographiert hatte, nach dem Schauplatz gebracht.

## Der Totschlag in der Belle-Alliance-Straße.

Zu der Bluttat in der Belle-Alliance-Straße wird gemeldet, daß der flüchtige Rudolf Präfes, der seine Frau durch mehrere Schläge mit dem Beil tötete, noch ermittelt ist. An dem Zerwürfnis scheint die Frau, die hysterisch war, mehr Schuld zu haben als er. Die Leute lebten längere Zeit getrennt von einander. In der Belle-Alliance-Straße 13 zogen die Eheleute wieder zusammen, um die Pfürnerstraße zu verlassen. Die Ausführung dauerte aber nicht lange. Der Zwist wurde bald so heftig, daß Prüfer im Besse des Freilass, an dem die Tat verübt wurde, seinem Wirt unter Tränen erklärte, er werde ein Beil nehmen und seine Frau, mit der er wieder Streit gehabt habe, vor den Kopf schlagen, dann habe er wenigstens Ruhe. Der Wirt rebete ihm gut zu. Darauf sagte Prüfer, er werde wenigstens einen Knüttel nehmen, ihr „die Jacke voll schlagen“ und dann zu einem Bauern aufs Land gehen. Prüfer hing sehr an seinem Kinde. Er konnte es aber nicht mitnehmen, weil es ihm auf der Flucht hinderlich gewesen wäre. Er ist mäßig, daß er Berlin sofort verlassen hat, um auf dem Lande Arbeit zu suchen. Ueber Mittel verfügte er nicht. Der Flüchtige ist 34 Jahre alt, 1,72 Meter groß, hat dunkelblondes Haar, ein rundes Gesicht mit gekrümmtem Schnurrbart und eine gerade Haltung. Der Zeigefinger der linken Hand ist infolge einer Schußverletzung zwischen Finger und Daumen, etwas steif.

Ein blutiger Ehezwist ereignete sich vorgestern abend im Hause Christianstraße 101. Hier wurde der 52 Jahre alte Kaufmann Hermann Herzberg von seiner 51 Jahre alten Ehefrau Clara hinterücks überfallen und durch Schläge mit einem Handbeil an Kopf und Hals schwer verletzt. Hausbewohner schafften den stark blutenden Herzberg nach der Rettungsstelle in der Balthasarstraße. Die Ehefrau wurde festgenommen.

12. März, Mittwoch, den 18. Februar, 7 Uhr Abends in den Dörfen, bei Kump, Kaserstr. 49.  
15. März, Donnerstag, 18. Februar, 7 Uhr Abends in der Dörfenstraße 11, bei Kump, Kaserstr. 49.  
20. März, Sonntag, den 19. Februar, 7 Uhr Abends in der Kaserstr. 49, bei Kump, Kaserstr. 49.

# Gewerkschaftsbewegung

## Niederlage des Unordnungsblocks der KPD.

Am Sonntag und Montag fanden in Groß-Berlin die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer statt. Die KPD hatte, um die Herrschaft zu erobern, kein Mittel und kein Bündnis gesucht. Sie versuchte alle unzufriedenen und zweifelhaften Elemente zu einem Unordnungsblock zu sammeln. Die Liste der sogenannten Opposition war ein Sammelsurium von allen denkbaren Elementen, die unter der Fuchtel des KPD, die erprobte Organisation der Buchdrucker und Schriftgießer über den Haufen rennen sollten.

Die Berliner Buchdrucker und Schriftgießer als erprobte Gewerkschafter sind der KPD, jedoch nicht auf den Leim getroffen. Nach dem nunmehr endgültig vorliegenden Resultat sind auf der Amsterdamer Gewerkschaftsliste 376 Delegierte gewählt, während der Unordnungsblock insgesamt nur 52 Gewählte aufweisen kann. Die Bezirksvorstände sind sämtlich wiedergewählt. Nach den bisherigen Wahlen, die in den Berliner Ortsvereinigungen vorgenommen worden sind, ist auch diese Wahl ein Beweis dafür, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder die kommunistischen Zerfüßer richtig einschätzen weiß.

## Arbeitszeitkampf auch im Steindruckgewerbe.

In einer Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Berlin des Verbandes der Lithographen und Steindrucker hielt Montag abend der Bevollmächtigte Hoffmann ein Referat über die Absichten der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern. Er kam zu dem Schluß, daß sich die Berufsangehörigen ohne Kampf nie eine Verlängerung des Arbeitszeitgesetzes aufzwingen lassen werden.

Sodann berichtete Genosse Herbst vom Hauptvorstand über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Trotzdem die Unternehmer nach im Dezember vorigen Jahres erklärt hatten, daß ihnen jede Arbeitszeiterhöhung fern liege, kündigten sie doch im Januar den noch bis Mai laufenden Tarifvertrag zu dem ausgeprochenen Zweck, eine Erhöhung der Arbeitsstundenzahl durchzusetzen. Bei den Verhandlungen wurde ihnen von den Berufsvertretern zunächst das Tarifkündigungsrecht bestritten, da die Arbeitszeiterhöhung keine Handhabe dazu biete und der Tarif eine andere Kündigungszeit vorsehe. Die Arbeitgebervertreter behaupteten aber, der Verbandsvorstand sei Verhandlungen über die Arbeitszeit bisher auszuweichen, so daß man sich zu diesem Schritt veranlaßt sah. Es konnte aber mit Recht darauf hingewiesen werden, daß der Tarif gegenüber sich etwa ergebenden Arbeitsanforderungen elastische Arbeitszeiterhöhungen enthalte, die den Arbeitern wie den Unternehmern genug Möglichkeiten zu gelegentlicher Ueberarbeit geben. Es sei damit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Gewerbes in ausreichendem Maße Rechnung getragen; ein Anlaß zur schematischen Arbeitszeiterhöhung liege also nicht vor. Leider entschied der ämtliche Schlichter, daß auch über eine Verlängerung der Arbeitszeit verhandelt werden könne. Im übrigen sollten zunächst die Dezemberabnahme weiter in Geltung bleiben, die Qualitätsarbeiterzulagen sollten aber auf den Friedensstand gebracht werden. Redner betonte, daß diese letzte Anordnung im Handschreiben des Arbeitgeberverbandes einfach unterschlagen worden sei. Das sei in der nächsten Verhandlung den Unternehmern gebührend vorgehalten worden, daher mußte auch in dieser Verhandlung nochmals über die Forderung gesprochen werden, obwohl eigentlich nur die Arbeitszeitfrage auf der Tagesordnung stand.

Nach neunstündiger Beratung kam das Schlichtergericht gegen die Stimmen der Arbeitgebervertreter zu folgendem Beschluß: Die Lohnsätze der letzten Dezemberwoche bleiben bis auf weiteres in Geltung. Eine Kündigung kann zu jeder Woge erfolgen.

Am 16. Februar 1924 sind nach Entscheidung des Arbeitgebers an die 5-benennigen leistungsfähigen gelerntten und dauernd im Lohn beschäftigten Gehilfen für deren Qualitätsleistungen Zulagen zu zahlen. Die Summe der Qualitätszulagen soll 8 Proz.

